



Datenschutzerklärung zur Informationspflicht nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

zur Verarbeitungstätigkeit Wahllangelegenheiten.

Übermittlung von Wahldaten

Die Meldebehörde darf nach § 50 Absatz 1 Bundesmeldegesetz (BMG) Parteien, Wählergruppen und anderen Trägern von Wahlvorschlägen im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen auf staatlicher und kommunaler Ebene in den sechs der Wahl oder Abstimmung vorangegangenen Monaten Auskunft aus dem Melderegister über die in § 44 Absatz 1 BMG bezeichneten Daten von Gruppen von Wahlberechtigten erteilen, soweit für deren Zusammensetzung das Lebensalter bestimmt ist. Es darf somit über folgende Daten Auskunft erteilt werden:

- Familienname
- Vornamen unter Kennzeichnung des gebräuchlichen Vornamens
- Doktorgrad und
- derzeitige Anschriften, sowie
- sofern die Person verstorben ist, diese Tatsache

Es erfolgt hierbei keine Übermittlung der Geburtsdaten der Wahlberechtigten. Die übermittelten Daten dürfen nur für die Werbung bei einer Wahl oder Abstimmung verwendet werden und sind spätestens nach einem Monat nach der Wahl oder Abstimmung zu löschen oder zu vernichten.

Nach § 50 Absatz 5 BMG haben die Wähler das Recht, einer Übermittlung Ihrer Daten zu widersprechen. Dies kann formlos geschehen.

Beantragung von Briefwahlunterlagen

Die Stadt Oldenburg darf folgende Daten zum Zweck der Ausstellung eines Wahlscheins und Briefwahlunterlagen verarbeiten:

- Familienname
- Vorname
- Geburtsdatum
- Anschrift
- E-Mail-Adresse
- Telefonnummer
- Wählerverzeichnisnummer
- Wahlbezirk
- gegebenenfalls Kontaktdaten

Die Daten werden für die jeweils anstehende Wahl erfasst und gespeichert. Sobald die Wahldaten insgesamt gelöscht werden können, in der Regel zur nächsten Wahl, werden auch die gespeicherten Daten zur Beantragung der Briefwahlunterlagen gelöscht.

Wahlhelferdaten

Die Stadt Oldenburg darf gemäß § 25 Absatz 3 NLWG, § 9 Absatz 4 BWahlG, § 11 Absatz 4 NKWG folgende Daten zum Zweck der Berufung von Mitgliedern von Wahlvorständen verarbeiten:

- Familienname
- Vorname
- Geburtsdatum
- Anschrift
- Telefonnummern
- Zahl der Berufungen in den Wahlvorstand und die dabei ausgeübte Funktion

Nach § 25 Absatz 2 Niedersächsisches Landeswahlgesetz (NLWG), § 11 Absatz 4 Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz (NKWG), § 9 Absatz 5 Bundeswahlgesetz (BWahlG), sowie § 4 Europawahlgesetz (EuWG) in Verbindung mit § 9 Absatz 5 BWahlG sind die Behörden des Landes sowie die der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts auf Ersuchen der Gemeinde verpflichtet, aus dem Kreis ihrer Bediensteten zur Sicherstellung der Wahldurchführung, zum Zweck der Berufung als Mitglieder der Wahlvorstände Personen zu benennen, die im Gebiet der ersuchenden Gemeinde wohnen.

Die personenbezogenen Daten dürfen auch zum Zweck der Berufung von Mitgliedern von Wahlvorständen für künftige andere Wahlen verarbeitet werden, soweit die betroffene Person der Verarbeitung nicht widersprochen hat.

Die Stadt Oldenburg als verantwortliche datenverarbeitende Stelle können Sie per E-Mail unter servicecenter@stadt-oldenburg.de beziehungsweise postalisch unter Stadt Oldenburg (Oldb), Der Oberbürgermeister, 26105 Oldenburg kontaktieren. Sie können außerdem die Datenschutzbeauftragten der Stadt Oldenburg per E-Mail unter datenschutzbeauftragte@stadt-oldenburg.de beziehungsweise postalisch unter Stadt Oldenburg (Oldb), Behördliche Datenschutzbeauftragte, – persönlich –, 26105 Oldenburg kontaktieren.

Sie können gegenüber der Stadt Oldenburg im Rahmen des Gesetzes folgende Rechte geltend machen:

- Recht auf Auskunft (Artikel 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung oder Löschung (Artikel 16 und Artikel 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO)
- Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Artikel 21 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO)

Darüber hinaus können Sie sich an die Niedersächsische Aufsichtsbehörde für den Datenschutz/Landesbeauftragte beziehungsweise Landesbeauftragter für den Datenschutz wenden und dort ein Beschwerderecht geltend machen.